

Gemeinsam NRW gestalten

der BDKJ NRW kommentiert
den Koalitionsvertrag



Impressum

Herausgeber:
BDKJ NRW e.V.
Sarah Primus (V.i.S.d.P.)
Carl-Mosterts-Platz 1
40477 Düsseldorf
0211 449350
info@bdkj-nrw.de
www.bdkj-nrw.de

Redaktion:
Jan Peter Gesterkamp

Satz und Layout:
Jan Peter Gesterkamp, Steffi Maier

AutorInnen:
Susanne Breyer, Jan Peter Gesterkamp, Matthias
Knippers, Svenja Kormann, Annika Manegold,
Benedikt Patzelt, Sarah Primus, Kerstin Stegemann,
Elena Stötzel, Johannes Wilde, Bernd Zimmermann,
Gesa Zollinger.

Bildnachweis:
Titelfoto Weigand / photocase.de

Alle Kommentierungen basieren auf dem
Koalitionsvertrag der CDU und FDP in Nordrhein-
Westfalen:
https://www.cdu-nrw.de/sites/default/files/media/docs/ver-trag_nrw-koalition_2017.pdf

Vorwort

In der aktuellen Wahlperiode des Landtags von Nordrhein-Westfalen haben die Fraktionen von CDU und FDP eine Regierungskoalition gebildet. Innerhalb kurzer Zeit erarbeiteten sie einen umfangreichen Koalitionsvertrag. Der BDKJ in Nordrhein-Westfalen hat sich viele der vorgelegten Kapitel genauer angesehen. Als InteressenvertreterInnen von Kindern und Jugendlichen ist es unsere Aufgabe, Partei für die nächste Generation zu ergreifen - gerade in Anbetracht der nicht gelungenen Absenkung des Wahlalters in NRW in der letzten Legislaturperiode.

Diese Kommentierung des Koalitionsvertrags soll der Landesregierung und den regierungstragenden Fraktionen zeigen, dass wir sie beim Wort nehmen werden und dass sich auch junge Menschen kritisch mit der Zukunft unseres Landes auseinandersetzen. Der Opposition mag diese Zusammenstellung eine Hilfestellung bei der parlamentarischen Arbeit sein, den vielen engagierten JugendverbändlerInnen ein Leitfaden bei ihrem jugendpolitischen Einsatz.

Lasst uns gemeinsam unser NRW gestalten - damit die Zukunft lacht!



Sarah Primus



Kerstin Stegemann



U28 ist die jugendpolitische Strategie des BDKJ

Die Zukunft lacht ...

... wenn Kinder und Jugendliche vorrangig bei allen Entscheidungen berücksichtigt werden, so wie es der Artikel 3 der UN-Kinderrechtskonvention vorsieht.

... wenn alle Verantwortlichen in Staat, Kirche und Gesellschaft die U28-Brille aufsetzen.

... wenn der Artikel 6 der Landesverfassung überflüssig ist, die Rechte von jungen Menschen gesichert sind, weil es altersgerechte Lebensbedingungen gibt und junge Menschen nach ihren Anlagen und Fähigkeiten gefordert werden.

U28 - Das Handlungsprinzip:

- Alle heute und zukünftig in Nordrhein-Westfalen lebenden Kinder und Jugendlichen verfügen über gleiche, gute Lebenschancen.
- Gleiche Zugänge zu allen Lebensbereichen und die gerechte Teilhabe an deren Ausgestaltung sind hergestellt.
- Bei allen Entscheidungen und Maßnahmen der Politik, der Justiz und der Verwaltung werden Nachteile für Kinder und Jugendliche vermieden und Vorteile erwirkt.

INHALT

Nachstehend findet sich das Inhaltsverzeichnis des Koalitionsvertrags. Hervorgehobene Überschriften kennzeichnen die Kapitel, deren Kommentierung durch den BDKJ hier vorliegt. Die Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Heft.

Präambel

I. Land des Aufstiegs durch Bildung

Familien, Kinder und frühkindliche Bildung Seite 05

Schule..... Seite 06

Aus- und Weiterbildung Seite 08

Hochschulen Seite 09

II. Land der Innovation und einer starken Wirtschaft

Innovation, Wissenschaft und Forschung Seite 10

Digitalisierung Seite 11

Startups und Gründerkultur

Bürokratieabbau und digitale Verwaltung..... Seite 12

Landesplanung und Wirtschaftsförderung

Industrie und Energie..... Seite 13

Handwerk, Mittelstand und Freie Berufe

Handel und Tourismus

Arbeit Seite 14

Verkehr und Infrastruktur..... Seite 15

Finanzen, Haushalt und Verwaltung Seite 16

III. Land der Sicherheit und Freiheit

Innere Sicherheit..... Seite 17

Justiz

IV. Land der vielfältigen Regionen

Kommunen Seite 18

Bauen und Wohnen

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz..... Seite 18

Verbraucherschutz

Ländliche Räume..... Seite 19

V. Land des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts

Kultur

Medien Seite 20

Gesundheit und Pflege Seite 20

Jugend und Senioren Seite 22

Sport

Inklusion..... Seite 24

Gleichstellung Seite 25

Integration und Einwanderung Seite 26

Europa und Internationales

VI. Kooperation der Koalitionspartner

VII. Kabinett

FAMILIEN, KINDER UND FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Der BDKJ begrüßt die Ausführungen zur gesellschaftlichen Stellung der Familie als zuverlässiges soziales Netz, das im subsidiären Sinne zentrale gesellschaftliche Aufgaben übernimmt.

Allerdings sind jedoch die unterschiedlichen Bedingungen des Aufwachsens nicht berücksichtigt. Insbesondere nicht die Sicht von Kindern und Jugendlichen auf und in Familie. Es wird nicht deutlich, welcher Familienbegriff diesem

Koalitionsvertrag zu Grunde liegt. Kinder werden in der „klassischen Familie“ bestehend aus leiblichem Vater, Mutter und Kindern groß, aber auch in sog. Patchwork Familien, in gleichgeschlechtlichen Ehen und Partnerschaften sowie bei einem alleinerziehenden Elternteil. Allein die Beschreibung eines Wechselmodells zwischen getrennt lebenden Elternteilen erscheint uns nicht ausreichend. Aus Sicht von Kindern wird Familie sehr unterschiedlich erlebt, egal bei welcher subjektiven „Familienerfahrung“. **Alle Kinder müssen das Recht und die Möglichkeit einer Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen Persönlichkeit haben.** Insofern sind Hilfe- und Unterstützungssysteme gemeinsam mit Betroffenen und Fachverbänden differenziert zu entwickeln.

„Die Familie ist das zuverlässigste soziale Netz in unserer Gesellschaft und übernimmt im besten subsidiären Sinne zentrale gesellschaftliche Aufgaben. Deshalb ist sie besonders zu schützen und zu unterstützen.“
- Koalitionsvertrag, Seite 2

Positiv sehen wir das Vorhaben, Kinderarmut zu bekämpfen, die mehr ist als finanzielle Knappheit. Als integrierte Ansätze werden hierzu die Wirtschaftspolitik, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Aufstieg durch Bildung definiert. Dieser Weg ist sinnvoll, jedoch langwierig. **Kinder leiden heute unter Armut und es fehlen konkrete Vorhaben, die aktuelle Situation dieser Kinder zu verbessern.** Und nicht zuletzt bedarf es weiterhin konkreter zusätzlicher finanzieller Ressourcen, um entsprechende Maßnahmen umzusetzen und Kinderarmut nachhaltig zu bekämpfen.

Wir begrüßen die geplante Entbürokratisierung des „Bildungs- und Teilhabegesetzes“. Gerade Kinder, die in selbstorganisierten Formen der Jugendarbeit tätig sind, haben hier Schwierigkeiten, Ansprüche geltend zu machen.

Der Koalitionsvertrag erkennt die hohe Bedeutung frühkindlicher Bildung und vieler Problemlagen in diesem Feld. Mit der erfolgten Schwerpunktsetzung auf Kinder im Kindertagesstätten-Alter und präventiv wirkender Frühwarnsysteme wird jedoch nicht gewürdigt, dass auch 6- bis 14-Jährige Kinder sind und in Familien leben. Mit unterschiedlichem Alter der Kinder verändern sich auch deren Anforderungen an Familie auf dem Weg zur Selbstständigkeit. Hier sind differenzierte Sichtweisen und Unterstützungssysteme gefragt, damit Familie für Kinder allen Alters ein Ort ist, an dem ihnen, wie es im Koalitionsvertrag steht, Halt gegeben,

Mut gemacht, sich umeinander gekümmert, füreinander eingestanden wird und Werte vermittelt werden.

SCHULE

Die Mängel im derzeitigen Schulsystem belasten Kinder und Jugendliche. Wir begrüßen daher die Planungen, den Unterrichtsausfall zu reduzieren, die Zahl der Lehrkräfte zu erhöhen und die baulichen Substanzen zu verbessern.

„Bildungschancen müssen überall in Deutschland und für alle Kinder gleichermaßen zugänglich und unabhängig von der sozialen Herkunft sein. Gerade in Zeiten großer gesamtgesellschaftlicher und bildungspolitischer Herausforderungen wie der Inklusion und der Integration sind erhebliche finanzielle Ressourcen erforderlich.“

- Koalitionsvertrag, Seite 8

Ebenso sehen wir die Option der Rückkehr zu G9 als ein Signal in die richtige Richtung, den derzeitigen Leistungsdruck auf die SchülerInnen zu reduzieren und selbstbestimmte Freizeitgestaltung zu ermöglichen, um so auf

deren Bedürfnisse zu reagieren.

Wir befürchten jedoch eine starke ungleiche Entwicklung, da nicht geklärt ist, welche Belastungen auf SchülerInnen zukünftig zukommen werden, deren Schulen bei G8 bleiben.

Die Ausführungen im Koalitionsvertrag sind fixiert auf die Lehrkräfte und deren Arbeit, es entsteht der Eindruck, SchülerInnen seien Objekte. **Wir sehen die Notwendigkeit, SchülerInnen als Subjekte wahrzunehmen, und die Bildungsleistungen an ihrer Lebenssituation auszurichten.** Hierzu müssen sie auch in der Schule angemessene Beteiligungsmöglichkeiten und die nötigen Freiräume für die Entwicklung einer eigenen Persönlichkeit erhalten. Diese Sichtweise fehlt im vorliegenden Koalitionsvertrag völlig.

Offener Ganztag

In unterschiedlicher Intensität sind freie Träger in den Offenen Ganztag an den Schulen in NRW eingebunden. Aus Sicht der katholischen Jugendverbände ergeben sich vielfältige Zugänge und Chancen aber auch Grenzen, die ein Engagement erschweren. Die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen sind durch unterschiedliche individuelle Kompetenzen, Orientierungen und Chancen geprägt. Dies wird insbesondere deutlich im 5. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und in den unterschiedlichen Stellungnahmen der Wohlfahrtsverbände zur Kinderarmut. **Bei allen Maßnahmen und Planungen ist für uns von zentraler Bedeutung, dass Kinder und Jugendliche mit ihren Fragen, Interessen, Problemlagen und ihrer Suche nach Orientierung, Perspektive und Teilhabe im**

Mittelpunkt stehen. Auch wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine von vielen geteilte Zielsetzung ist, dürfen wirtschaftliche Interessen nicht dem Wohl von Kindern und Jugendlichen vorgezogen werden! Die Ganztagschule darf nicht zu einer vollständigen Verplanung der Tagesgestaltung von Kindern und Jugendlichen führen. **Junge Menschen brauchen Freiräume!** Deshalb ist die Zeit in oder an Schule auf maximal 35 Stunden pro Woche zu begrenzen.

Die Offene Ganztagschule (OGS) leistet einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Sozialkompetenzen der Kinder. Die OGS bietet dabei die Chance der Entwicklung eines neuen Bildungsortes. Neben dem curricularen Lernen im Schulsystem sehen wir für junge Menschen die Chance, auf eine selbstbestimmte kind- und jugendgerechte Bildung, die Formen außerschulischer Bildung und Freizeitgestaltung im System Schule implementiert.

„Ganztagschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Gleichzeitig nehmen sie neben dem Betreuungsangebot eine wichtige Rolle als zusätzliches Bildungsangebot wahr. Dabei müssen für Eltern Wahlmöglichkeiten gesichert sein. Wir werden die Offenen Ganztagschulen ausbauen, qualitativ stärken und flexibler gestalten.“

- Koalitionsvertrag, Seite 13

Um dieses herzustellen und anzubieten, bedarf es eines ausgewogenen und kompetenten Angebotes, indem junge Menschen ihre Freizeit und ihr Lernen sinnvoll gestalten können. Hierzu gehören gültige und vergleichbare Standards mit qualifiziertem Personal, die die Kinder bei ihren Entwicklungsprozessen, der individuellen Förderung und dem Erwerb ihrer sozialen Kompetenzen unterstützen sowie die Möglichkeit eröffnen, dass Kinder und Jugendliche ihre Interessen und Neigungen in entsprechenden Angeboten umsetzen können. In diesem Sinne sind Kinder und Jugendliche nicht Objekte für gezielte Angebote, sondern Subjekte, die selbst Ideen einbringen, Angebote entwickeln und handeln. **Schule als Lebens- und Lernort für Kinder muss formales und nonformales Lernen garantieren und sich einer qualitätvollen Bildungsdebatte stellen.**

Dazu ist die Kooperation mit freien Trägern von Bedeutung. Der Koalitionsvertrag sieht zwar die Bedeutung z.B. der Schulsozialarbeit, kommt jedoch nicht zur Schlussfolgerung, dass diese an allen Schulen benötigt wird. Eine auch von freien Trägern geforderte Evaluation von KAoA wird angeführt, es fehlen jedoch Aussagen zur Vernetzung mit weiteren Programmen wie BUS oder BEREb und der grundsätzlichen Kooperation mit anderen Bildungsträgern im Sinne einer kommunalen Bildungslandschaft. Es werden lediglich die Kooperationen mit der regionalen Wirtschaft, den Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern erwähnt.

Aus der Sicht von jungen SchülerInnen fehlen jegliche Ausführungen zur Teilhabe. Bei der Weiterentwicklung von Schule brauchen Kinder und Jugendliche Einfluss

auf Entscheidungen und Möglichkeiten, ihre Räume nach ihren Bedürfnissen zu gestalten.

AUS- UND WEITERBILDUNG

„Die berufliche Bildung ist für eine erfolgreiche Entwicklung unserer Gesellschaft und Wirtschaft unverzichtbar und eröffnet vielfältige Chancen und Aufstiegsmöglichkeiten. Daher wollen wir intensive Anstrengungen unternehmen, um die berufliche Bildung besser zu unterstützen.“

- Koalitionsvertrag, Seite 16

Als Kinder- und Jugendverbände erachten wir es als notwendig, dass die aktive Teilhabe durch Mit- und Selbstbestimmung von SchülerInnen im Schulalltag gefördert wird. Dies betrifft auch selbst- bzw. mitbestimmte Gestaltung von Bildungsangeboten, Stundenplänen, Raumgestaltung und erweiterte Rechte in den Gremien der Schule.

CDU und FDP vereinbaren im Koalitionsvertrag, dass die akademische und die berufliche Bildung den gleichen Stellenwert erhalten sollen. Aus Sicht junger Menschen begrüßt der BDKJ NRW diesen Ansatz. **Nicht alle jungen Menschen wollen oder können ein Studium aufnehmen und dennoch müssen ihnen die gleichen Chancen einer beruflichen Entwicklung zur Verfügung stehen wie jenen, die in der Lage waren einen akademischen Abschluss zu erlangen.**

Ebenfalls begrüßen wir die geplante Vereinheitlichung der Anerkennung von Abschlüssen der beruflichen Bildung auf Studienleistungen. So wird es Jugendlichen leichter gemacht, nach der Ausbildung ein Studium aufzunehmen, um sich weiter zu qualifizieren und einen verbindlich geltenden Anspruch auf die Anerkennung ihrer bisherigen Leistungen zu haben.

Darüber hinaus sollte jeder junge Mensch den Zugang zu Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung haben, unabhängig von seinem aktuellen Einkommen. Nur so erhalten junge Menschen die Möglichkeit auf ein gelingendes Leben mit einem auskömmlichen Einkommen. **Der Einstieg in das Berufsleben darf keine Sackgasse sein, sondern muss Möglichkeiten der Weiterentwicklung bereithalten, wo dies von der jeweiligen Person gewünscht ist.** Es ist dabei wichtig, die Interessen des Einzelnen in den Vordergrund zu stellen und die Notwendigkeit der Qualifizierung von Fachkräften nicht mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes zu begründen. Hier fehlt es im Koalitionsvertrag an Ansätzen.

Eine erfreuliche Entwicklung ist das Azubi-Ticket, das analog zum „Semester-

ticket“ Auszubildenden kostengünstig Mobilität im ÖPNV ermöglicht. An dieser Stelle sei aber erwähnt, dass grundsätzlich über ein Ticket für alle Kinder und Jugendlichen in NRW nachgedacht werden muss. Ein richtiger nächster Schritt ist ein NRW-Ticket für alle Jugendlichen.

Zu kurz kommt aus unserer Sicht im Koalitionsvertrag das Feld der Jugendberufshilfe. Auch wenn die Fortführung der assistierten Ausbildung (asa) als positiv zu bewerten ist, müssen weitere Überlegungen angestellt werden, um besonders benachteiligten Jugendlichen zu helfen, eine berufliche Perspektive für sich zu entwickeln. Dazu braucht es eine auskömmliche Förderung von Einrichtungen der Jugendberufshilfe, die junge Menschen auf diesem Weg begleiten.

„Nordrhein-Westfalen steht in der Verantwortung, die besten Rahmenbedingungen für die Ausbildung der Fachkräfte von morgen, für die Fort- und Weiterbildung der Beschäftigten und für die Qualifizierung von beschäftigungslosen Menschen zu schaffen.“
- Koalitionsvertrag, Seite 16

Zudem fehlen aus unserer Sicht Überlegungen zur Integration geflüchteter junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt, beispielsweise durch Aus- und Weiterbildung. **Es braucht dringend langfristige Perspektiven für junge Geflüchtete, um ihnen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen.** Darüber hinaus braucht es eine Flexibilität in der Anerkennung ausländischer Abschlüsse. Nur so können wir diesen Menschen eine Perspektive in unserem Land bieten und zur erfolgreichen Integration beitragen.

HOCHSCHULEN

Die Grundaussagen des Koalitionsvertrags zu besseren Lernbedingungen für Studierende und die Hochschulfreiheit begrüßt der BDKJ NRW im Grundsatz. Das geplante Hochschulfreiheitsgesetz muss jedoch sicherstellen, dass die Teilhabe Studierender an den jeweiligen Entscheidungen der Hochschule gegeben ist (z.B. bei der Besetzung von Lehrstühlen, Schwerpunkten etc.).

Auch wenn es keine allgemeinen Studiengebühren geben wird, sehen wir die Einführung von Gebühren für Nicht-EU-StudentInnen kritisch. **Nationalität oder Herkunft als Anknüpfungspunkt für die Erschwerung eines Studiums ist für uns nicht zeitgemäß.**

Aus Sicht von AbiturientInnen stellt sich vorrangig die Frage nach der Studienwahl und dem Studienplatzangebot.

Die Zahl der Studienabbrüche ist groß. Hier wird deutlich, dass sowohl der Stu-

dieninhalt als auch die Studienform und die berufliche Perspektive vielen Studierenden vor Studienbeginn nicht bewusst waren. Im Koalitionsvertrag werden zwar die Intensivierung der Studienberatung und die persönliche Begleitung von Studierenden während des Studiums richtigerweise angeführt, es fehlt jedoch eine Vernetzung zum System Schule und die Entwicklung von Formen, wie Schule

„Der Studienerfolg vieler Studierenden hängt maßgeblich vom direkten Austausch mit den Lehrenden ab. Vielen Professorinnen und Professoren sowie Dozentinnen und Dozenten fehlt jedoch die Zeit für eine gute Betreuung aller Studierenden. Wir werden deshalb im Rahmen eines Qualitätspaktes für beste Studienbedingungen die Qualität des Studiums und die Studienbedingungen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen insbesondere durch eine bessere Betreuungsrelation zu stärken.“

- Koalitionsvertrag, Seite 19

auf ein Studium intensiver vorbereiten kann.

Weiterhin ist in diesem Zusammenhang eine intensive Praxisorientierung nötig, die auch im Koalitionsvertrag als Ziel benannt ist. Für solch eine Praxisorientierung ist eine Öffnung der Hochschulen dringend geboten und nicht selbstverständlich.

Einen besonderen Stellenwert haben im Koalitionsvertrag die MINT Studiengänge und die Humanme-

medizin. Wir verweisen auf den Appell der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter vom Mai 2016 sowie den bundesweiten Fachkongress zur Kinder- und Jugendarbeit der TU Dortmund im September 2016, wo die Notwendigkeit dargestellt wurde, dass die Jugendarbeit als ein bisher genuines sozialpädagogisches Arbeitsfeld an Universitäten und Hochschulen verschwindet. Wir sehen hier die Notwendigkeit weitergehende Aktivitäten zu ergreifen, damit jungen Menschen, die aus einem Engagementfeld kommen, der Zugang zu einem Studium erleichtert wird. Egal, ob es sich hierbei um ein Engagement im sozialen, pädagogischen, sportlichen oder ökologischen Bereich handelt.

INNOVATION, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Wir begrüßen es, NRW als Standort hochentwickelter Wissenschaft und Forschung auszubauen. Gerade im Bereich moderner Techniken, die umweltfreundlich und nachhaltig sind, liegt noch viel Potential. Hochschulen dürfen dabei aber nicht alleine der Wirtschaft dienen. Auch Forschung und Innovation brauchen Freiräume. Der hier angekündigte Bürokratieabbau und die Möglichkeiten der finanziellen Förderung sind Bausteine, um WissenschaftlerInnen notwendige Freiräume zu gewähren.

DIGITALISIERUNG

Junge Menschen werden heute vielfach als „digital natives“ bezeichnet. Die SINUS-Jugendstudie von 2016 schreibt dazu: „Die aktuell 14- bis 17-jährigen gehören zur ersten Generation von Jugendlichen in Deutschland, die das Internet nicht nur selbständig nutzen, sondern online leben.“ („Wie ticken Jugendliche 2016“, S. 174) Entsprechend sind die im Koalitionsvertrag beschriebene Digitalisierungsstrategie sowie der Gigabit-Masterplan aus der Perspektive junger Menschen grundsätzlich zu begrüßen. Vor allem die Erschließung von Schulen und Bildungseinrichtungen mit konvergen-ten Gigabit-Netzen, die Stärkung des mobilen Internets, der Ausbau offener WLAN-Zugänge und die Perspektive auf den ländlichen Raum schaffen wirkliche Teilhabegerechtigkeit. **Der Zugang zu den Möglichkeiten des Internets ist kein Luxusgut mehr, sondern notwendiger Bestandteil zur gesellschaftlichen Teilhabe.**

„Unser Ziel ist, dass Nordrhein-Westfalen die Chancen der Digitalisierung aktiv nutzt und mit einer innovativen, vernetzten Wirtschaft die Voraussetzungen für Wachstum und Wohlstand von morgen schafft. Wir wollen, dass die Menschen mehr Freiheit und mehr Aufstiegschancen für sich nutzen können und dass wir die Herausforderungen der Digitalisierung gemeinsam meistern.“

- Koalitionsvertrag, Seite 28

Aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen fehlen im Koalitionsvertrag allerdings drei wichtige Felder, die hier mitbedacht werden müssen:

Als erstes ist hier die Medienbildung zu nennen.

Eine entsprechende Weiterbildung des Lehrpersonals ist dabei genauso wichtig, wie die Bildung junger Menschen. Die oben benannte SINUS-Studie hat gezeigt, dass von Jugendlichen neben der schlechten technischen Ausstattung der Schulen auch die Anwendung der digitalen Medien kritisiert wird. Die Jugendlichen kritisieren vor allem, dass diese nur phasenweise und fachspezifisch genutzt werden. „Der Umgang mit digitalen Medien wird nicht fächerunabhängig selbstverständlich integriert oder thematisiert.“ („Wie ticken Jugendliche 2016“, S. 201)

Des Weiteren wird bemängelt, dass digitale Medien fast ausschließlich aus der Perspektive von Risiken und Gefahren betrachtet werden. Sie wünschen sich einen weniger gefahrenzentrierten Unterricht, der die Chancen von digitalen Medien aufzeigt und konkrete Ansätze vermittelt, wie diese Chancen umgesetzt werden können, ohne sich allzu hohen Risiken auszusetzen.

Das Erlernen von Medienkompetenzen beschränkt sich nicht ausschließlich auf den Bereich der formalen Bildung, sondern ist wichtiger Bestandteil der non-formalen und informellen Bildung. Um diesen Auftrag nachzukommen sehen wir uns verpflichtet, unsere Fachkräfte ebenfalls zu schulen. Von der Landesregierung

fordern wir die Bereitstellung der nötigen Infrastruktur. Das im Koalitionsvertrag formulierte Zwischenziel, alle Schulen und Bildungseinrichtungen an das Gigabit-Netz anzuschließen, darf sich nicht auf die Einrichtungen der formalen Bildung beschränken sondern muss u.a. die Jugendbildungsstätten und die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit mit einschließen.

„Wir werden eine umfassende Digitalstrategie der Landesregierung entwickeln.“
- Koalitionsvertrag, Seite 28

Ein weiterer wichtiger Themenbereich, der Datenschutz, wird im Koalitionsvertrag unter dem Kapitel „Digitalisierung“ nicht benannt. Wie oben beschrieben,

bewegen sich junge Menschen wie selbstverständlich im Internet. Überall hinterlassen sie ihren digitalen Fußabdruck. Es darf nicht sein, dass erhobene Daten von jungen Menschen Einfluss auf ihre zukünftige Lebensgestaltung haben (z. B. Kranken- oder Pflegeversicherung). Entsprechend gilt es junge Menschen zu schulen. Der Politik obliegt es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um Persönlichkeitsrechte junger Menschen zu schützen. **Von der Landesregierung fordern wir, dass neben der Digitalisierung auch das Thema Datenschutz betrachtet wird und Kinder und Jugendliche in ihrer Kommunikation geschützt werden.**

Zuletzt wird der Herausforderung von Hass und Verrohung im Netz aus unserer Sicht im Koalitionsvertrag zu wenig Bedeutung beigemessen.

Junge Menschen nutzen das Internet insbesondere zur Kommunikation. Soziale Netzwerke sind so zu Orten der Vergemeinschaftung geworden und sind im Leben der Kinder und Jugendlichen von großer Bedeutung. Gleichzeitig bieten sie aber auch Raum für respektlose, entwertende Kommunikation, die bisweilen Straftatbestände berührt. Mit dieser Gefahr verantwortungsvoll umzugehen, ist für uns alle eine große Aufgabe und fordert politische und gesellschaftliche AkteureInnen gleichermaßen heraus. Wenn die Landesregierung die Digitalisierung in einer solchen Weise fördert, darf sie vor den negativen Folgen nicht die Augen verschließen. **Wir wünschen uns daher, dass die Landesregierung diese Aufgabe ernst nimmt und ihre Möglichkeiten nutzt, dieses Feld zu gestalten.**

BÜROKRATIEABBAU UND DIGITALE VERWALTUNG

Gerade in der Jugendverbandsarbeit hat sich in den letzten Jahren bemerkbar gemacht, wie wichtig Bürokratieabbau ist, denn nicht nur die Wirtschaft wird durch Verwaltungsaufwand gebremst. Der BDKJ NRW begrüßt daher den Plan der Landesregierung, bürokratische Hürden abzubauen und Bürokratie zu vereinfachen.

Die Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen kommt der jungen Generation entgegen. Ein Online-Formular ist oft leichter nachzuvollziehen, als ein Formblatt, dessen Layout nicht auf NutzerInnen-Freundlichkeit, sondern auf Maschinenlesbarkeit ausgelegt ist.

INDUSTRIE UND ENERGIE

In diesem Kapitel wird die Bedeutung von NRW als Industriestandort fokussiert. Aus der Perspektive des Industriestandorts ist dies sicherlich sinnvoll, gleichwohl bleibt die Ausgestaltung unkonkret und damit auch aus der Sicht junger Menschen wenig nachhaltig.

Die konkreten Umsetzungsideen zielen größtenteils auf Wirtschaftlichkeit ab und nehmen kaum die Lebenswirklichkeit und Perspektive junger Menschen in den Blick. Auch das Thema Nachhaltigkeit wird nicht ausreichend berücksichtigt.

Es ist in unseren Augen nicht nachhaltig, sondern ein Schritt zurück, wenn Umwelt-Vorgaben auf das EU-Minimum zurückgefahren werden. **Offensichtlich scheint das Thema Klimaschutz in Bezug auf Energie eine nachgeordnete Rolle zu spielen. Dies ist aus der U28-Brille absolut bedenklich - denn gerade das Umdenken im Bereich Klimapolitik und Energie ist für junge Menschen langfristig relevant.** Dies ist ebenso wichtig, wie die konsequente Umsetzung des Kohle- und Atomausstiegs und die Förderung nachhaltiger Energiekonzepte und erneuerbarer Energien.

Der avisierte Erhalt des Energiemix ist aus unserer Perspektive ebenfalls sehr bedenklich.

Die im Koalitionsvertrag geplante Strategie zur „Energieversorgung in NRW“ kann langfristig wertvoll sein, wenn sie auch die Interessen der nachwachsenden Generationen berücksichtigt. Wir begrüßen die Erstellung eines jährlichen Energieforschungsberichts.

Erschreckend ist aus der Sicht des BDKJ NRW, dass Strategien zum „Umgang mit Atom-Energie in angrenzenden Nachbarländern“ (z.B. mit den Reaktoren Tihange/Doel) im Koalitionsvertrag keinerlei Berücksichtigung findet. Gerade hier braucht es im Sinne junger Generationen eine langfristige Perspektive, damit auch für sie ein sicheres Aufwachsen in NRW garantiert ist. Die Landesregierung muss die Abschaltung forcieren und konkrete Absprachen mit der belgischen Regierung schließen sowie alternative Versorgungsverbindungen als Unterstützung für angrenzende Länder schaffen.

„Wir werden die Rahmenbedingungen für Mittelstand und Industrie verbessern, treten ein für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung sowie einen wirksamen Klimaschutz.“
- Koalitionsvertrag, Seite 37

Klimaschutz

Wir können unser Klima nur retten, wenn wir sofort handeln. NRW als Industriestandort muss eine Vorbildfunktion wahrnehmen und zeigen, dass es mit vielen unterschiedlichen Maßnahmen möglich ist, die gesteckten Klimaziele zu erreichen.

„Wir stehen für erfolgreichen Klimaschutz im Rahmen des EU-Zertifikatehandels und gegen klimapolitisch unwirksame und bürokratische Bevormundung in einzelnen Bundesländern. Deshalb werden wir das Landes-Klimaschutzgesetz von Regelungen, die über die Ziele und Maßnahmen der Europäischen Union hinausgehen, befreien.“

- Koalitionsvertrag, Seite 39

Das, was im Koalitionsvertrag vorgestellt wird, bedeutet aber bestenfalls Stagnation, wenn nicht gar einen Rückschritt.

ARBEIT

Eigenverantwortlichkeit, Solidarität und Subsidiarität werden im Koalitionsvertrag als zentrale Elemente für das Feld der Arbeitsmarktpolitik benannt. Dies

begrüßen die katholischen Jugendverbände. Das Ziel, möglichst vielen Menschen einen Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen, bewerten wir als positiv. Gleichzeitig gilt es zu berücksichtigen, dass besondere Lebenssituationen und -umstände es erforderlich machen, besondere Schutzräume zu bieten. So z.B. für junge Menschen, die aufgrund unterschiedlicher Faktoren eine Benachteiligung erfahren. **Für einen gelingenden Einstieg in das Berufsleben ist es nötig, in einem geschützten Raum - auf dem zweiten Arbeitsmarkt - erste Schritte zu gehen, um so Orientierung zu finden.** Gleichzeitig gibt es Menschen, die auch dauerhaft nicht dem Wettbewerbs- und Leistungsdruck eines ersten Arbeitsmarktes standhalten können. Es ist wichtig, für diese Menschen Angebote bereit zu halten, bei denen sie in gut begleiteter Atmosphäre den Wert der Arbeit erfahren können und sich als vollwertigen Teil der Arbeitsgesellschaft akzeptiert fühlen.

Diesen zweiten und auch notwendigen Arbeitsmarkt sehen wir im vorliegenden Koalitionsvertrag zu wenig beachtet. Besonders dem Prinzip der Solidarität muss hier mehr Beachtung geschenkt werden.

Gut ist, dass CDU und FDP die Betriebe in die Verantwortung nehmen wollen, ausreichend Ausbildungsplätze bereit zu halten. Darüber hinaus muss es Aufgabe einer Landesregierung sein, Anreize zu schaffen und dafür Sorge zu tragen, dass diese Verantwortung auch wahrgenommen wird.

Die vorhandenen arbeitsmarktpolitischen Instrumente besser miteinander zu vernetzen und auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen, begrüßen wir. Wirksamkeit sollte jedoch vor allem an qualitativen Kriterien festgestellt werden und nicht an rein quantitativen Erfolgskriterien. Es gilt, die Situation des jeweiligen Menschen in

den Blick zu nehmen und besonders für junge Menschen gute Startbedingungen zu schaffen.

Insgesamt finden wir es schade und wenig zukunftsorientiert, dass ehrenamtliche Arbeit, Familienarbeit oder Bildungsarbeit in diesem Kapitel keine Rolle spielen und in keiner Weise mitgedacht und gewürdigt werden. **Es ist mittlerweile wissenschaftlicher Konsens, dass Arbeit nicht (mehr) nur als klassische Erwerbsarbeit definiert werden kann**, wie es auch die Enquetekommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ in ihrem Abschlussbericht 2016 deutlich gemacht hat.

„Für das starke und innovative Handwerk in Nordrhein-Westfalen mit seinen mutigen Unternehmerinnen und Unternehmern, qualifizierten Beschäftigten und engagierten Auszubildenden werden wir bessere Voraussetzungen für Wachstum und Zukunftschancen schaffen.“
- Koalitionsvertrag, Seite 42

VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

CDU und FDP benennen im Koalitionsvertrag den Bereich Verkehr und Infrastruktur und das damit einhergehende Thema Mobilität als entscheidende Voraussetzung für Wachstum und Wohlstand in NRW. Insgesamt wird in diesem Themenfeld nicht adäquat nach verschiedenen Interessengruppen unterschieden. Die besonderen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen werden nicht benannt.

Generell liegt der Fokus des Koalitionsvertrags hier auf dem kostengünstigen Um- und Ausbau des Verkehrsnetzes. Die Auswirkungen verschiedener Verkehrswege und unterschiedlicher Fortbewegungsmittel auf Natur und Klima werden nicht behandelt. Auch eine besondere Förderung für klimafreundliche Fortbewegungsmittel, wie den ÖPNV ist nicht vorgesehen. **Wir finden, BürgerInnen sollen frei entscheiden können, welches Verkehrsmittel sie wählen.**

Die Bereiche Radverkehr und ÖPNV, die für Kinder und Jugendliche ohne eigenen Führerschein eine besondere Bedeutung haben, werden benannt - auch hier ist ein Ausbau geplant. Das begrüßen wir. Bei den Ideen zur Umsetzung oder zur Finanzierung bleiben CDU und FDP allerdings unkonkret.

Darüber hinaus wird die freiwillige Einführung eines kostengünstigen Azubi-Tickets vorgeschlagen (s.o.). An dieser Stelle gibt es jedoch keine Hinweise zur Finanzierung oder Umsetzung.

FINANZEN, HAUSHALT UND VERWALTUNG

Nachhaltige Haushaltspolitik und Generationengerechtigkeit sind Grundanliegen der jugendpolitischen Strategie U28. Es ist uns jedoch genauso ein Anliegen, beim

„Die große Schuldenlast hat zu einer immer niedrigeren staatlichen Investitionsquote, einer deutlichen Überlastung der Kommunen und mangelhafter Wettbewerbsfähigkeit geführt. Wir wollen diesen Trend zum Wohle unseres Landes und unserer Kinder endlich stoppen. Wir werden die Schuldenbremse einhalten.“

- Koalitionsvertrag, Seite 53

Einhalten der Schuldenbremse darauf zu achten, dass die Einsparungen gerecht verteilt werden. Deshalb müssen Sparmaßnahmen so getroffen werden, dass sie nachhaltig wirksam sind und nicht später an anderer Stelle Kosten verursachen. Staatliche Investitionen bleiben beispielsweise wichtig, damit werthaltige Infrastruktur zur Verfügung steht.

Der Mitteleinsatz bei der Förderung der Jugendverbandsarbeit wird seit vielen Jahren auf seine Effizienz hin untersucht, der Wirksamkeitsdialog hat sich als Kontroll- und Steuerinstrument bewährt. Wir wünschen uns, dass in vielen Bereichen die knappen Mittel gut eingesetzt werden und Sparmaßnahmen nicht zur Verhandlungssache zwischen Regierung und Lobbygruppen werden.

Neben den Vorteilen des Berufsbeamtentums darf die finanzielle Belastung durch die Versorgungsansprüche in Zukunft nicht vergessen werden. **Zur Generationengerechtigkeit gehört es auch zu prüfen, inwieweit Pensionsausgaben langfristig vermieden werden können.** Den zu erwartenden Pensionsaufwendungen für die zahlreichen Landesbeamten muss eine Rückstellung entgegenstehen, damit der Landeshaushalt tragfähig bleibt.

Hoheitliche Aufgaben sollen in der öffentlichen Hand bleiben. Bei öffentlich-privaten Partnerschaften ist verstärkt darauf zu achten, ob kurzfristige wirtschaftliche Vorteile für die öffentliche Hand nicht langfristig Nachteile bringen. Privatwirtschaftliche Unternehmen dürfen sich ihr Engagement nicht vom Steuerzahler durch Gebühren belohnen lassen.

Steuergerechtigkeit und nachhaltige Haushaltspolitik beginnt damit, die geltenden Steuerregeln auch durchzusetzen. Die Effizienz der Steuerfahndung hat in der Vergangenheit dazu beigetragen, dass die öffentlichen Haushalte mit Mehreinnahmen arbeiten konnten. Wir begrüßen es, dass dieser Ansatz weiter fortgeführt werden soll.

Die Anlagestrategie des Landes ist auch ein politisches Steuerungsinstrument. Investitionen müssen auf ökologischen, friedenspolitischen und sozialen Kriterien

beruhen. Im Sinne von Kindern und Jugendlichen erwarten wir, dass das Land NRW auch hier selbst Verantwortung übernimmt.

INNERE SICHERHEIT

Personelle und technische Ausstattung der Polizei

Eine gute Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen, persönlicher Freiheit und Wahrung der Bürgerrechte, wie im Koalitionsvertrag beschrieben, begrüßen wir. Nord-

„Wir brauchen mehr Polizei auf der Straße, weshalb wir die Einstellungszahlen bei der Polizei Nordrhein-Westfalen noch in diesem Jahr auf 2.300 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter erhöhen werden.“
- Koalitionsvertrag, Seite 58

rhein-Westfalen soll weiterhin tolerant und vielfältig bleiben. Vor allem die personelle Ausstattung der Polizei kann dazu beitragen. Aufgrund der notwendigen gründlichen Ausbildung der BeamtInnen ist es wichtig, schnell mit der Ausbildung des Nachwuchses zu beginnen. Die Polizei ist auch nur zukunftsfähig, wenn die notwendigen Einsatz- und Kommunikationsmittel auf dem Stand der Technik sind. Gleichzeitig gilt es kritisch zu hinterfragen, welche Mittel effizient sind. Der Nutzen von Videoüberwachung z.B. ist nicht unumstritten - hier sollte in der Koalition darauf geachtet werden, keine falschen Prioritäten zu setzen.

Extremismus

Das Setzen richtiger Prioritäten betrifft auch die Bekämpfung verschiedener Formen von Extremismus. **Der BDKJ begrüßt das Bekenntnis im Koalitionsvertrag, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken.** Zudem unterstützt er die Aussage, dass jeder Form von Extremismus entgegenzutreten ist. Den Nutzen von AussteigerInnenprogrammen mit Blick auf das linksextremistische Spektrum hält der BDKJ angesichts der großen rechten Terrornetzwerke, die jahrelang im Untergrund unentdeckt blieben und bleiben zumindest für diskutabel und den Koalitionsvertrag an dieser Stelle zumindest für sehr dünn. Hier muss deutlich breiter gedacht und mit der Zivilgesellschaft zusammengearbeitet werden. Viele zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich aktiv rechten und fremdenfeindlichen Tendenzen in unserem Land entgegenstellen, sind dem linken Spektrum zuzuordnen.

Diese sind jedoch differenziert zu betrachten. Das Land NRW sollte hier weiterhin demokratische Initiativen in erster Linie unterstützen und sie nicht verdächtigen.

Für die vielen Bemühungen, Terror aktiv abzuwehren und z.B. Großveranstaltungen zu schützen, ist der Polizei und den anderen Sicherheitsbehörden in NRW zu danken. In der Extremismusprävention wollen auch wir als Jugendverbände unseren Beitrag leisten.

KOMMUNEN

Kommunalpolitik lebt von den vielen Menschen, die sich ehrenamtlich in Räten, Bezirksvertretungen und Ausschüssen engagieren. Wir begrüßen den Willen, die

„Das Grundgesetz gewährt den Gemeinden das Recht, die örtlichen Angelegenheiten selbstverantwortlich und mit Gestaltungsspielraum zu erledigen. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken und den Kommunen wieder mehr Entscheidungsfreiheiten geben.“

- Koalitionsvertrag, Seite 72

ehrenamtlichen MandatsträgerInnen stärker zu unterstützen. Gleichzeitig weisen wir darauf hin, dass Ehrenamt insgesamt Stärkung und Unterstützung benötigt.

Eine Weiterentwicklung bzw. ein Ausbau der Instrumente der BürgerInnenbeteiligung ist richtig.

Bei den bestehenden Beteili-

gungsformen bleiben die Anliegen von jungen, nicht wahlberechtigten Menschen jedoch ungehört. Dies gilt es bei der Weiterentwicklung entsprechend zu berücksichtigen.

Die finanzielle Ausstattung der Kommunen muss so auskömmlich sein, dass die kommunale Selbstverwaltung auch Gestaltungsspielraum hat. Die Gemeindefinanzierung und der Umgang mit den Alt-Schulden muss zukunftsfähig aufgestellt werden.

UMWELT-, NATUR- UND KLIMASCHUTZ

Nur auf freiwillige Einschränkungen der Industrie oder KonsumentInnen zu setzen, wie es der Koalitionsvertrag darlegt, ist aus unserer Sicht nicht erfolgversprechend. **Umwelt- und Klimaschutz sind manchmal unbequem, da helfen Vorschriften und Richtlinien deutlich besser als unkonkrete und freiwillige Verbindlichkeit.** Von daher wünschen wir uns von der Landesregierung ein klares Bekenntnis und ein entsprechend deutliches Agieren.

Der Koalitionsvertrag lässt Vorschläge zur Verringerung von Feinstaub und Stickoxiden vor allem in Großstädten vermissen. Das effiziente Mittel der Fahrverbote wird explizit ausgeschlossen, die Koalition nennt aber keine Alternativen. Die Forderung, dass die Autoindustrie deutlich mehr beitragen kann, unterstützen wir.

Erhalt der Biodiversität ist Zukunftsvorsorge - allerdings nur, wenn die Bedrohung

der Artenvielfalt - z.B. durch den Einsatz bestimmter Pflanzenschutzmittel - umgehend gestoppt wird.

Dass Energiepolitik unter dem Kapitel „Industrie“ zu finden ist und nicht im Bereich Umwelt- und Klimaschutz spricht für sich. Es ist fatal, die Energiewende immer weiter zu verschieben und am Energiemix auf Basis fossiler Brennstoffe festzuhalten. Hier fehlt uns ein klares Bekenntnis der Koalitionsparteien zu einer Umwelt- und Klimaschutzpolitik im Sinne junger Menschen.

Eine grundlegende Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes sollte nicht bedeuten, dass alles, was im Gesetz steht, komplett umgedreht wird. Vielmehr sollte auch hier darauf geachtet werden, dass unabhängige Expertisen berücksichtigt werden. Nur so kann wirklich erreicht werden, dass eine qualitativ hochwertige Naturschutzpolitik entsteht.

„Wir stehen für eine Politik, die neues Vertrauen schafft. Freiwillige Landschafts- und Biotopleistungen dürfen nicht zum Nachteil der Betroffenen werden, indem ein ungewollter Umwidmungszwang zu Pflichtaufgaben greift. Damit wird erreicht, dass Landeigentümer weiter für solche Aktivitäten motiviert bleiben.“
- Koalitionsvertrag, Seite 82

LÄNDLICHE RÄUME

Das Prinzip, dass sich Wirtschaft an den Umweltschutz anpassen soll, ist zukunftsweisend. Auch die Zusage, Naturschutzflächen zu erhalten, begrüßen wir. Etablierte Standards des Umweltschutzes dürfen allerdings nicht im Zuge einer ökonomischen Politik fallen gelassen werden. Die „eins zu eins“-Umsetzung von EU-Richtlinien - auch rückwirkend - kann wie beschrieben bedeuten, dass NRW hinter bereits etablierte höhere Umweltschutzstandards zurück fällt. Wir sehen die Strategie, Verbote durch Anreize zu ersetzen, kritisch. Denn konkrete Anreize, z.B. verstärkt auf ÖPNV und Fahrrad zu setzen, sind im Koalitionsvertrag noch nicht zu erkennen.

In Zusammenarbeit mit der Wald- und Holzwirtschaft bietet sich die gemeinsame Festlegung von Nachhaltigkeit-Standards an. Davon ist im Koalitionsvertrag leider nicht die Rede.

MEDIEN

Medienstandort NRW

Der BDKJ unterstützt das Vorhaben, Projekte zur Stärkung der Medienkompetenz zu fördern. Gerade Kinder, aber

„Soziale Medien bieten völlig neue Möglichkeiten und Chancen der Kommunikation. Informationen können zielgerichteter und schneller verbreitet werden. Jede und jeder Einzelne ist in der Lage, Diskussionen anzustoßen, Mitstreiter zu gewinnen oder Kritik zu äußern. Soziale Netzwerke nehmen damit eine wichtige Rolle im Alltag der Bürgerinnen und Bürger ein. Gleichzeitig müssen auch sie beim Schutz der Menschenwürde und beim Einsatz gegen Diskriminierung und Hass sowie für gesellschaftlichen Fortschritt und demokratische Meinungsbildung beitragen. Wir wollen die Medienethik in Zukunft noch stärker in das Zentrum der öffentlichen Debatten rücken.“

- Koalitionsvertrag, Seite 96f

auch alle, die an ihrem Erziehungsauftrag beteiligt sind, müssen in vernünftiger Art und Weise den Umgang mit Medien, sozialen Netzwerken und digitalen Möglichkeiten lernen. Jugendschutz und die konsequente Kennzeichnung von Werbung in allen Medien ist das Fundament für eine sorgenfreie Mediennutzung.

Für den Medienstandort NRW ist es wichtig, dass allen Menschen in unserem Land guter Zugang zum Netz ermöglicht wird - in technischer und finanzieller Hinsicht. Auch - oder gerade - Kinder und Jugendliche wollen Breitbandanschlüsse und mobile

Netzabdeckung mit brauchbaren Geschwindigkeiten

Die Nutzung sozialer Medien gehört für uns zum Alltag. Die Debatte über Medienethik ist richtig, der Schutz vor Diskriminierungen, Bedrohungen und Beleidigungen im Netz ist auch jetzt schon unstrittig notwendig. Da hier auch Kinder und Jugendliche betroffen sind, sollten sie in dieser Debatte gehört werden.

GESUNDHEIT UND PFLEGE

Eine gute Gesundheitsversorgung unabhängig vom Einkommen ist wichtig. Dieses Ziel des Koalitionsvertrags teilen wir ausdrücklich. Doch nicht nur das Einkommen, auch die Art der Versicherung hat Auswirkungen auf die Leistungen. Dies betrifft natürlich auch Kinder und Jugendliche, die über ihre Eltern versichert sind. **Wir finden es nicht richtig, dass in einem so wichtigen System wie der Gesundheitsversorgung, das Einkommen der Eltern davon abhängt, welche Leistungen Kindern und Jugendlichen zuteilwerden können.** Hier halten wir es für notwendig, dass über die Formulierungen im Koalitionsvertrag hinaus klare

Konzepte entwickelt werden.

Gesundheitsberufe

Die Weiterentwicklung der Gesundheitsberufe muss auch die Verbesserung der Bezahlung betreffen. Pflege braucht Standards, damit die Belastung für das Personal und die Sorge um die Gesundheit und die Würde von PatientInnen und Pflegebedürftigen in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen. Bei einer zunehmenden Zahl von Pflegefällen ist perspektivisch die Attraktivität pflegender Berufe unbedingt zu erhöhen. Gerechte Bezahlung und Pflegestandards können dazu beitragen. Auch hier sehen wir eine deutliche Baustelle für die Koalitionspartner.

„Das oberste Ziel unserer Gesundheitspolitik ist die Sicherstellung einer guten Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen, unabhängig von Wohnort und Einkommen. Wir setzen uns für eine Gesundheitsversorgung ein, die den Bürgerinnen und Bürgern in der höchstmöglichen Qualität und Erreichbarkeit zur Verfügung steht und die gleichzeitig allen Beschäftigten im Gesundheitswesen gute Arbeitsbedingungen und eine zukunftssichere Beschäftigung bietet.“

- Koalitionsvertrag, Seite 97

Wir begrüßen Kampagnen zur Auffrischung der Kenntnisse in Erster Hilfe. Es wäre eine gute Würdigung und sinnvolle Investition ins Ehrenamt, wenn Erste-Hilfe-Kurse für Ehrenamtliche kostenlos angeboten werden.

JUGEND UND SENIOREN

Jugendförderung und Jugendpartizipation

Wir begrüßen sehr, dass der Koalitionsvertrag klare Ziele für den Kinder- und

„Christdemokraten und Freie Demokraten wollen die Träger- und Angebotsvielfalt in der Kinder- und Jugendarbeit für die nächsten Jahre sicherstellen. Wir werden deshalb die finanzielle Ausstattung des Kinder- und Jugendförderplans dauerhaft verbessern und die Mittelansätze zukunftsfähig gestalten.“

- Koalitionsvertrag, Seite 101

Jugendförderplan benennt. **angekündigte Erhöhung und Dynamisierung ist dringend notwendig und gibt vor allem den Trägern der freien Jugendhilfe die notwendige Planungssicherheit für effektive und qualitativ hochwertige Angebote.** Die eingeplante Entbürokratisierung und Vereinfachung der Förderverfahren entsprechen dem Wunsch der Träger, ebenso wie der Erhalt der strukturellen Förderung.

Für die Kinder- und Jugendhilfe versprechen diese Absichten eine gute Grundlage für die kommenden Jahre zu werden. Ebenso begrüßen wir die Absicht, bereits zum 1. Januar 2018 einen neuen Kinder- und Jugendförderplan für das Land NRW verabschiedet zu haben, sodass die auch heute schon gute Arbeit nahtlos fortgeführt werden kann, ohne Unsicherheiten entstehen zu lassen.

Als InteressenvertreterInnen (nicht nur) der bei uns engagierten Kinder und Jugendlichen machen wir immer wieder deutlich, dass es notwendig ist, den Anliegen von Kindern und Jugendlichen Gehör zu schenken und ihre Bedürfnisse ernst zu nehmen. Verbindlich sehen wir dieses Ziel nur mit einer Absenkung des Wahlalters umgesetzt. Kinder und Jugendliche würden so eine Stimme erhalten, die ernst genommen werden muss. Sie würden auch heute schon in Entscheidungen involviert, von die sie in ihrer Zukunft betreffen. Die Absicht der Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen vermissen wir im vorliegenden Koalitionsvertrag.

Gleichwohl sehen wir, dass die neue Landesregierung das Ziel der verbesserten Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit der Einführung eines Jugendparlaments umsetzen möchte. Es gilt zu berücksichtigen, wie echte Beteiligung durch ein solches Jugendparlament herbeigeführt werden kann, sodass es nicht zu Enttäuschungen bei den engagierten Jugendlichen kommt. Auch ist es notwendig, bestehende Systeme der Interessenvertretung nicht zu verhindern, sondern gewinnbringend zu beteiligen.

Die Kooperation der Jugend(verbands-)arbeit mit Schule wird auch weiterhin ein

Handlungsfeld ausmachen. Diese Kooperationen gilt es zu fördern und zu erleichtern. Dies erfordert eine bessere Kommunikation aller AkteurInnen in diesem Feld und auch von politischer Seite eine vermehrte Zusammenarbeit und einen steigenden Austausch der FachpolitikerInnen. **Ziel muss es sein, die verschiedenen Bildungsfelder nicht gegeneinander auszuspielen, sondern durch gute Verzahnung bestmögliche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen.**

Viele Studien zeigen, dass Kinder und Jugendliche, die sich in ihrem Aufwachsen ehrenamtlich engagieren ein vermehrtes Interesse an politischem Geschehen und Formen der politischen Beteiligung entwickeln. Es ist daher gut und richtig, dass CDU und FDP planen, dem ehrenamtlichen Engagement

mehr Anerkennung zu verschaffen und Bedingungen einzuführen, die ein Engagement neben der Schule leichter möglich machen. Es ist darüber hinaus wichtig, dass Kindern und Jugendlichen Freiräume erhalten bleiben, in denen sie sich ausprobieren können und die nicht mit einem Zweck versehen werden. Auch dieses Anliegen muss im Feld der Jugendpartizipation und -förderung berücksichtigt werden.

Ein Bereich wird aus unserer Sicht zu kurz im Koalitionsvertrag abgehandelt: Freiwilligendienste. Es wird lediglich ausgeführt: „Wir wollen noch mehr junge Menschen für eine Tätigkeit im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes, des Freiwilligen Sozialen Jahres oder des Freiwilligen Ökologischen Jahres ermutigen und gewinnen.“

Der Freiwilligendienst ist für junge Menschen in einer Phase der Orientierung wichtig, er fördert bürgerschaftliches und soziales Engagement. **Es reicht jedoch nicht, das Ziel zu definieren, mehr Jugendliche für diesen Dienst zu gewinnen, ohne konkrete Maßnahmen zu planen.**

Freiwilligendienste sind vielfältig. Es gibt nicht nur den BFD, das FSJ und das Freiwillige ökologische Jahr sondern auch Weltfreiwilligendienste (weltwärts) und internationale Freiwilligendienste. Diese unterschiedlichen Dienste stehen nebeneinander in Zuständigkeit des Bundes und der Länder mit unterschiedlicher Finanzierung und Förderung. Aus Sicht junger Menschen ist es wichtig, dass

- sie leichte zugängliche und ausreichende Informationen haben, über die unterschiedlichen Dienstformen und Bedingungen,

„Wir werden das ehrenamtliche Engagement stärken und uns dafür einsetzen, dass freiwillige und ehrenamtliche Dienste die entsprechende Anerkennung und Würdigung erfahren. Vor allem Kinder und Jugendliche wollen wir verstärkt motivieren, sich ehrenamtlich zu engagieren.“

- Koalitionsvertrag, Seite 102

- sie einen Dienst wählen können, der ihren Interessen und Bedürfnissen entspricht,
- für die unterschiedlichen Dienste die gleichen Rahmenbedingungen bestehen.
- sowohl die finanziellen Zuwendungen als auch die erworbenen Rechte (z.B. Rentenversicherung) gleich und aufeinander abgestimmt sind,

„Wir wollen noch mehr junge Menschen für eine Tätigkeit im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes, des Freiwilligen Sozialen Jahres oder des Freiwilligen Ökologischen Jahres ermutigen und gewinnen.“

- Koalitionsvertrag, Seite 102

- bei diesen Diensten die politische, gesellschaftliche und soziale Bildung Bestandteil des Dienstes ist,
- dieses Engagement bei der Studienplatzvergabe berücksichtigt wird, bzw. die erworbenen Kenntnisse bei entsprechenden

Ausbildungsberufen anerkannt werden.

Für die freien Träger ist eine auskömmliche Finanzierung nötig, um alle mit den Diensten zusammenhängende Aufgaben im Sinne junger Menschen fachgerecht erfüllen zu können.

Senioren – Leben im Alter

Ein Ziel des Koalitionsvertrages ist es, den Austausch zwischen den Generationen zu fördern. Dies begrüßen wir. Kinder und Jugendliche können von ihren Großeltern lernen und nehmen gleichzeitig Verantwortung für diese wahr. Gerade angesichts der Situation eines großen Bevölkerungsanteils im höheren Alter im Vergleich zur jüngeren Generation ist ein solcher Austausch notwendig, um gegenseitiges Verständnis füreinander zu schaffen und die Anliegen aller Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen.

INKLUSION

Damit Inklusion gelingt, muss Barrierefreiheit selbstverständlich werden - nicht nur in Einrichtungen des Gesundheitswesens, sondern auch bei kulturellen Angeboten und in öffentlichen Gebäuden.

Inklusion kostet Geld. Für die Entwicklung und Umsetzung in den verschiedenen Einrichtungen muss eine bedarfsgerechte Finanzierung bereitgestellt werden. Wie genau eine umfassende Inklusion gelingen soll, ist im Koalitionsvertrag noch nicht ausreichend beleuchtet.

GLEICHSTELLUNG

Aus Sicht von Kinder und Jugendlichen ist es positiv zu bewerten, dass die neue Regierung die Gleichstellung vorantreiben und Mädchen und Frauen mehr Chancen eröffnen will. Mit Blick auf den Arbeitsmarkt ist die Stärkung und Weiterentwicklung des Girls Day und des Boys Day jedoch zu wenig. Es braucht gezielte Instrumente, um junge Frauen für bisher von Männern dominierte Berufe zu gewinnen und sie gleichberechtigt an Karrierewegen teilhaben zu lassen. Die Ausbildung in Teilzeit ist dabei ein wichtiger Faktor.

„Wir wollen die Frauenerwerbstätigkeit in Nordrhein-Westfalen steigern und streben durch eine zielgerichtete Frauenförderung bessere Voraussetzungen für den Zugang von Frauen zu Führungspositionen an.“
- Koalitionsvertrag, Seite 106

Aus unserer Sicht ist es weiterhin wichtig, nicht erst im Erwachsenenalter das Thema der Gleichstellung zu setzen, sondern Fragestellungen rund um dieses Feld bereits in allen Bildungsbereichen zu verankern. Es ist wichtig, dass Kinder nicht mit einem männlich dominierten Gesellschaftsbild aufwachsen. Bereits Mädchen müssen die Erfahrung machen, dass ihnen alle Wege offen stehen und ihre Leistungen gleichberechtigt anerkannt werden. Schon im Kindesalter sollte die Erkenntnis vermittelt werden, dass es „typisch männlich“ und „typisch weiblich“ nicht gibt. Dazu ist es z.B. wichtig auch verstärkt männliche Erzieher als Fachkräfte in der Kinderbetreuung zu gewinnen oder etwa mehr männliche Lehrer für den Grundschulbereich auszubilden.

Vielfalt statt Diskriminierung

Wir begrüßen es, dass der Koalitionsvertrag eine Allianz für Vielfalt und Generationengerechtigkeit vorsieht. Insbesondere teilen wir in dem Zusammenhang die Feststellung, dass geschlechtliche Identität nicht ausschließlich Zweigeschlechtlichkeit bedeutet.

INTEGRATION UND EINWANDERUNG

Die Neuordnung der Einwanderungspolitik ist ein wichtiges Anliegen. Sie kann jedoch nicht auf eine weitere Abschottung hinauslaufen. Konsequenter Schutz für Geflüchtete wird es nicht geben, solange z.B. weiterhin nach Afghanistan abgeschoben wird.

Eine Integrationsstrategie für NRW

Die Verstetigung der Förderung wirksamer Integrationsmaßnahmen ist für die vielen engagierten Träger in NRW hilfreich. Bürokratieabbau, langfristige Planungsmöglichkeiten und eine institutionelle Förderung anstelle von Projektförderung sind Bausteine, die Integration erleichtern.

„Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes und vielfältiges Land. Wir werden dafür Sorge tragen, dass dies so bleibt.“

- Koalitionsvertrag, Seite 108

„Wir wollen Nordrhein-Westfalen attraktiver für Fachkräfte aus aller Welt machen und Menschen mit Einwanderungsgeschichte ermöglichen, ihre Potentiale bei uns vollständig zur Entfaltung zu bringen.“

- Koalitionsvertrag, Seite 109

Nicht nur die vielen einzelnen ehrenamtlichen HelferInnen, sondern auch Verbände in Jugendarbeit, Sport oder Kirchen sind unverzichtbar, wenn es darum geht, vor Ort Integration zu ermöglichen. VertreterInnen der Verbände sollten mit ihrer Expertise bei der Entwicklung der NRW-Integrationsstrategie berücksichtigt werden.

Unklar bleibt, woran eine „Integrationsleistung“ gemessen wird. Wir halten fest, dass das Grundgesetz keine besonderen Bedingungen an die Gewährung von Asyl vorsieht. Hier hoffen wir, dass die Landesregierung in Sinne der UN-Menschenrechte und des Grundgesetzes agiert.

Religiöse Vielfalt und interreligiöser Dialog

Religiöse Toleranz und interreligiöse Vielfalt sind Grundlage unseres Zusammenlebens. Zur Verbesserung des Verständnisses und zum Aufbau des islamischen Religionsunterrichts möchte die Landesregierung stark mit dem Zentrum für islamische Theologie an der Universität Münster zusammen arbeiten. Dies kann maximal ein Bestandteil einer Gesamtstrategie sein. Wir glauben, dass Aufklärung, Bildung und besseres gegenseitiges Verstehen vor allen Dingen die richtigen Schritte sind, um Vorurteile auszuräumen und ein friedliches Miteinander aufzubauen.

Die „Offensive für Wertevermittlung“, die sich an Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen wenden soll, will Zugezogenen und allen anderen Menschen in NRW „politische Bildung“ vermitteln. Die Landesregierung beschreibt die aktuelle Lage als eher defizitär. Diesem Eindruck widersprechen wir entschieden. Gerade im Bereich der Jugend(verbands)arbeit gibt es viele Initiativen der Wertevermittlung und eine langjährige Tradition informeller und non-formeller politischer Bildung. Auf diese bestehende Formen der politischen Bildungsarbeit nimmt der Koalitionsvertrag keinerlei Bezug.

Im Sinne der gesetzlich festgeschriebenen Subsidiarität in der Kinder- und Jugendhilfe halten wir es für äußerst bedenklich, dass die neue Landesregierung

scheinbar im Alleingang eine Offensive für Wertevermittlung starten möchte. Hilfreicher wäre es aus unserer Sicht eindeutig, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den freien Trägern der Jugendhilfe ermöglichen, ihre Angebote der politischen Bildung fortzusetzen und zu verstetigen.

Flüchtlinge

Recht und Gesetz sind wichtige Maßstäbe für das Zusammenleben. Wichtig ist es aber auch, öfter den Mensch als Subjekt in den Mittelpunkt zu stellen. Abschiebungen von Jugendlichen, die hier die Schule besuchen oder sogar eine Ausbildung begonnen haben sowie Abschiebungen nach Afghanistan oder ähnlich unsichere Länder sind untragbar.

Menschen mit einer Bleibeperspektive wollen unsere Sprache lernen. Sprachkurse, Schulpflicht und Integrationskurse sind daher notwendig. Bei der Integration in den Arbeitsmarkt muss es gelingen, die beruflichen Qualifikationen aus dem Herkunftsland unbürokratisch anzuerkennen und gegebenenfalls Lücken der Ausbildung unkompliziert schließen zu können. So stehen Geflüchtete dem Arbeitsmarkt als qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung.

„Wir werden Recht und Gesetz auch in der Flüchtlingspolitik konsequent anwenden. Das bedeutet auch, Ausreisepflichtige zügig in ihre Herkunftsländer zurückzuführen.“
- Koalitionsvertrag, Seite 111

Weiterführende Literatur:

Koalitionsvertrag 2017-2022

https://www.cdu-nrw.de/sites/default/files/media/docs/nrwkoalition_koalitionsvertrag_fuer_nordrhein-westfalen_2017_-_2022.pdf

Damit die Welt zusammenhält - gemeinsames Sozialwort der Jugend

https://www.evangelische-jugend.de/fileadmin/user_upload/aej/Die_aej/Downloads/Publikationen/PDF-Ausgaben/aej_BDKJ_gemeinsames_sozialwort_der_jugend.pdf

Wie ticken Jugendliche 2016 - Sinusstudie

<http://www.bdkj.de/themen/sinus-jugendstudie/>

Noch Fragen?

**Die BDJ-Diözesanverbände kommen
gerne mit Ihnen und Euch ins Gespräch.**



BDJ NRW e.V.
0211. 44 93 50
info@bdkj-nrw.de
www.bdkj-nrw.de



BDJ Aachen
0241. 4 46 30
mail@bdkj-aachen.de
www.bdkj-aachen.de



BDJ Essen
0201. 2 20 42 65
info@bdkj-dv-essen.de
www.bdkj-dv-essen.de



BDJ Köln
0221. 16 42 63 16
info@bdkj-dv-koeln.de
www.bdkj-dv-koeln.de



BDJ Münster
0251. 49 54 38
bdkj@bistum-muenster.de
www.bdkj-muenster.de



BDJ Paderborn
05251. 20 62 00
info@bdkj-paderborn.de
www.bdkj-paderborn.de

katholisch.

politisch.

aktiv.